Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieederlegung 10 Pf.

Nr. 277 | Dresden, Mittwoch den 28. November 1928 | 39. Jahrg.

Die Selbstsucht der Partner

Volkspartei, Zentrum und Koalition

In der Schwäbischen Tagwacht vom 19. November äußert sich Genosse **Keil** nachträglich zur Panzerkreuzerfrage. Obwohl seine Einsicht reichlich spät kommt, soll sie doch noch hier vermerkt werden. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Die taktischen Schachzüge in den einzelnen Phasen des hochpolitischen Streits sollen hier nachträglich nicht auf ihre Zweckmäßigkeit nachgeprüft werden. Eine solche Prüfung käme vielleicht zu dem Ergebnis, daß der ungeschickteste Zug nicht am 26. August, sondern am 5. Juli gemacht wurde, als der kommunistische Antrag zur Panzerkreuzerfrage auf Vorschlag eines Führers unsrer Fraktion an den Haushaltausschuß verwiesen wurde . . . Kann den Sozialdemokraten im Ernst zugemutet werden, daß sie allein Opfer bringen? Daß sie in hochpolitischen Fragen, die zugleich von großer finanzieller Bedeutung sind, die Anschauungen preisgeben, die sie seither vertreten haben? Wann und in welcher Form hat das Zentrum derzeitigen gelten? Die Kräfte, die eine klerikale Schulgesetzgebung ablehnen, sind gestärkt worden durch die Volksentscheidung vom 30. Mai. Das Zentrum gibt trotzdem kein Jota seiner kirchenpolitischen Grundsätze preis. Hat die Volkspartei ihren Widerstand gegen den Nationalfeiertag aufgegeben?

Verlangen muß die Sozialdemokratie, daß die übrigen Koalitionsnehmer an der Regierung nicht nur dann zu Zugeständnissen sich bequemen, wenn große Teile ihrer eigenen Wähler von ihnen abzufallen drohen, daß sie vielmehr sich bewußt sind, was der große, hinter der sozialdemokratischen Fraktion stehende Volksteil von seiner Zahl und seiner Bedeutung im Proletariatsprozeß von der Staatsleitung fordern darf."

Zwischen **den Regierungsparteien** wird jetzt über die künftige Form **des Reichskabinetts** verhandelt. Hoffentlich fordert **die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit** ein Auftreten **im Sinne der Keilschen Gedankengänge.**

*

Der Streit um das Programm

Der SPD. **berichtet über die Berliner Verhandlungen:**

Auf Einladung **des Reichskanzlers Müller** fand am Dienstag nachmittag eine **Konferenz** von Vertretern **der an der Regierung beteiligten Fraktionen** statt. Von der Sozialdemokratie waren die Abgeordneten **Breitscheid** und **Dela** erschienen. Zur Behandlung stand die Frage der sogenannten **Untermauerung des Kabinetts** durch die **Schaffung der Großen Koalition.** Alle Parteien erklärten sich grundsätzlich mit der **Bildung der Großen Koalition** einverstanden. Man war auch darüber einig, daß nicht erneut Verhandlungen über ein umfassendes Regierungsprogramm oder über Richtlinien geführt werden sollen. Es handelt sich nicht darum, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen, sondern es soll nur eine Umwandlung des bisherigen durch **weitere Bindung der Parteien** stattfinden. Indessen verlangen insbesondere die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei den Standpunkt, daß es notwendig sei, über eine Reihe von alten Fragen eine Einigung oder einen Ausgleich zu erzielen, bevor die Arbeiten der neu fundamentierten Regierung beginnen können.

In der nächsten Sitzung, die der Reichskanzler für Freitag den 30. November einberufen will, sollen diese **Voraussetzungen** der einzelnen Fraktionen näher umschrieben werden.

Um die Vorbildung der Beamten

SPD. Die **Beamtenlaufbahnrichtlinien** wurden am Dienstag im **Reichsinnenministerium unter Vorsitz Severings** mit den Beamtenspitzenorganisationen **besprochen.** Die Richtlinien enthalten die Bedingungen für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst, für die Anstellung und Beförderung, ferner die Bestimmungen über die Schulvorbildung für jede Beamtenlaufbahn: für den einfachen und einfachen mittleren Dienst Volksschulbildung, für den gehobenen mittleren Dienst Unterprimareife einer neunklassigen höheren Lehranstalt und für den höheren Dienst Abiturium und Hochschulbildung. Schließlich enthalten die Richtlinien auch die Bedingungen für den Aufstieg in der Beamtenlaufbahn. In den Beförderungsprüfungen sollen die Beamten nur nach dem jeweiligen Bedürfnis einberufen werden. Danach hätte der Beamte zu warten, bis ihn die Behörde aufruft.

Der Deutsche Beamtenbund hält die Unterprimareife für den mittleren Dienst für eine Halbheit und fordert das Abiturium. Der **Allgemeine Deutsche Beamtenbund** geht noch weiter und verlangt Obersekundareife. Beide Organisationen verlangen, daß sich zu den Beförderungsprüfungen **alle** Beamten melden können. Nur so könne ein wirklicher Aufstieg der größte gesichert werden. Weiterhin fordern DBB. und ADB. die Aufstellung besonderer Richtlinien für die Beförderung innerhalb der Laufbahn unter Hinzuziehung der Beamtenvertretungen und Wiedereinführung der sogenannten Verzahnung, die der Zangenstock beseitigt hat.

Der **Reichsinnenminister** machte den Vorschlag, die vorgetragenen Wünsche in einer besonderen Kommission aus Regierungs- und Beamtenvertretern zu prüfen. Für seine Person erklärte der Innenminister, er wolle sich für die **Gleichverechtigung der Frauen mit den Männern** und für die Anerkennung der Beamtenspitzenverbände, die als solche auch wirklich anerkannt werden könnten, bei der Beratung der Beamtenvorlagen einsetzen. Ebenso sagte der Minister beschleunigte Behandlung der Vorlage zu.

Springflut auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenziffern steigen rapid. Die zunehmende, durch die Jahreszeit bedingte Einstellung der Außenarbeiten in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und in den andern Saisongewerben hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. November zu einer weiteren erheblichen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. Auch die Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie hat sich auf dem Arbeitsmarkt bereits bemerkbar gemacht.

Die Gesamtzahl der **Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung** ist in der Berichtzeit von rund 671 000 auf 805 000 (davon 630 000 männliche und 175 000 weibliche), **das ist um 134 000 oder um 20 v. H. gestiegen. Die Steigerung betrug bei den Männern 114 000 oder 22,1 v. H. Die Zahl der unterstützten Frauen, die in den vorhergehenden 14 Tagen nach langer Zeit zum ersten Male wieder gestiegen war, und zwar um 4,3 v. H., hat diesmal um 20 000 oder 12,9 v. H. zugenommen.**

In der Krisenunterstützung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der gleichen Zeit von rund 93 000 auf 99 100 (83 600 männliche und 15 500 weibliche) oder um 6,6 v. H. gestiegen. Die Zunahme ist hier bei den Männern und Frauen fast gleich.

*

Die Arbeitslosenziffern steigen und trotzdem wird mit dem Aussperrungswahnsinn an der Ruhr noch immer nicht Schluß gemacht. Man muß sich vorstellen, daß das beängstigende Anwachsen der Arbeitslosenziffer bis zum 15. November immer noch in erster Linie durch das Abklingen der Saison zu erklären ist. Wenn erst einmal die **Folgen der Aussperrung** auf dem Arbeitsmarkt voll in Erscheinung treten, dann müssen geradezu **phantastische Ziffern** herauskommen. **Bittere Weihnachten stehen Deutschland bevor, wenn sich der verbrecherische Hochmut der Eisenbarone noch länger ausüben darf. Nicht das Christkind, sondern Frau Sorge wird an Weihnachten die Stuben der Arbeiter besuchen.**

Die Springflut auf dem Arbeitsmarkt ist das richtige Gegenstück zu dem Aufruf der Elemente zu Wasser und zu Land, die in den letzten Wochen die Kette der Hiobsbotschaften nicht abreißen ließ. **SOS-Rufe** kommen aus allen Ecken und Enden des Nordatlantik. Wie lange wird es dauern, dann werden die SOS-Rufe auch von allen Ecken und Enden der deutschen **Wirtschaft** kommen. Muß das sein? Den Aufruhr des Meeres kann Menschenkraft nicht bändigen, der **Aufruhr des Hochmuts** der von einer Art Cäsarenwahnsinn befallenen Eisenbarone dagegen **kann** gebändigt werden. Er **muß** gebändigt werden! Soll das Volk verhungern, weil die Eisenrebellen sich nicht zum Frieden mit der Arbeiterschaft und dem Staat bequemen wollen?

*

Die Arbeitslosigkeit in Wien ist in der ersten Novemberhälfte stark **gestiegen.** Mitte November haben 59 850 Arbeitslose Unterstützung bezogen, 4410 mehr als am Anfang des Monats. Die Hauptursache für das Anschwellen der Arbeitslosenziffern liegt im Abbrechen der Bausaison und der Herbstsaison des Schneidergewerbes. Im Augenblick liegt die Wiener Arbeitslosenziffer noch um 5555 unter der vom Vorjahr, während in allen **Bundesländern** außerhalb Wiens die **Arbeitslosigkeit größer** ist als vor Jahresfrist. **Der Grund für diesen Unterschied** liegt in der regeren **Bautätigkeit der Gemeinde Wien.**

Ein weiblicher Domela

Das Dienstmädchen als Hohenzollernprinzessin — Die unsterbliche Untertanen-Dummheit

P. Vor dem **Erfurter Schöffengericht** begann am Dienstag der Prozeß gegen die 41jährige Dienstmagd Martha **Barth**, die vier Jahre lang, von 1921 bis 1925, die Rolle einer „Prinzessin Margarethe von Preußen" spielte und jetzt in 26 Fällen wegen Betrugs und Urkundenfälschung angeklagt ist. Der Fall stellt ein Gegenstück zum Domela-Prozeß dar.

Der Gerichtssaal ist überfüllt. Die Angeklagte, eine zierliche Person, erscheint in einen dicken Veloutmantel vermummt. Die Verhandlung soll sich im Blitztempo abspielen, die Komödie menschlicher Dummheit und Servilität soll nach dem Willen des Gerichts möglichst schnell vor den Augen der Zuschauer abgerollt werden. Auf dem Gerichtstisch liegen die Toiletten der falschen Prinzessin, mit denen sie ihre Opfer blendete. 18 Zeugen, Opfer der falschen Prinzessin, sind erschienen; es sind kleine Leute, Förster, Kolonialwarenhändler, Gastwirte usw. Unter ihnen befindet sich auch die Hauptgeschädigte, die Putzmacherin **Herold**, die ihre Anhänglichkeit an die Hohenzollernfamilie mit dem Verlust ihres Geschäfts büßen mußte. Zahlreiche andre Geschädigte sind wohlweislich nicht als Zeugen aufmarschiert: **sie wollen sich die Blamage ersparen.**

Der Vorsitzende geht mit der Angeklagten, die sächsischen Dialekt spricht, zunächst deren Lebenslauf durch. Sie ist das uneheliche Kind eines Freiherrn Treusch zu Brandenfels, bei dem sie später als Magd diente. Als Zwölfjährige erfuhr sie ihre adlige Abstammung. Das Bewußtsein, daß adliges Blut in ihren Adern rollte, verdrehte ihr damals schon den Kopf. Stundenlang konnte sie sich vor den in der Wohnung ihrer Mutter aufgehängten Bildern der Hohenzollernsprößlinge aufhalten und deren Aehnlichkeit mit sich bewundern. Die Schulkameraden nannten deshalb die Martha Barth

die „verrückte Martha".

1911 gebar die Angeklagte ihr erstes uneheliches Kind, das sie in Pension gab, und um das sie sich seit 16 Jahren nicht gekümmert hat. Im Jahre 1918 wurde sie durch einen Pastor Bergmann bei Halle, mit dem sie fünf Jahre verlobt war, zum zweitenmal Mutter. Der Pastor adoptierte später das Kind. Die Anklage behauptet, daß Martha Barth den Pastor durch Briefe zu erpressen versucht hat. Die erste Bekanntschaft mit dem Strafgesetz machte die Angeklagte im Jahre 1921; sie wurde wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis und später zweimal wegen Betrugs und Diebstahls mit kleineren Strafen belegt. Als Hausangestellte ist sie dann in verschiedenen **fürstlichen Häusern** tätig gewesen, u. a. im Hause des Prinzen Wilhelm von Preußen, bei August Wilhelm und im fürstlichen Hause Lippe.

Eines Tages kam die Angeklagte mit den **Schwestern Herold in Erfurt** in Berührung, die ein Putzmachergeschäft unterhielten. Sie erzählte den beiden Frauen, daß sie die außereheliche Tochter der Schwester des Kaisers, der späteren Königin von Griechenland, sei; ihr Vater sei der Prinz von Asturien. Später sei sie mit dem jetzigen König von Bulgarien verheiratet worden, um endlich dem früheren deutschen Kronprinzen linker Hand angetraut worden zu sein. Als dann die frühere deutsche Kaiserin Auguste Viktoria starb, bestellte die Angeklagte bei der Herold Kleider und Schleier. Die Schwestern Herold glaubten alles; eine von ihnen reiste sogar mit der Angeklagten nach Berlin, wo diese den Kronprinzen treffen wollte. Dann spiegelte Martha Barth den Schwestern vor, sie werde fortwährend von „notdürftigen" Angehörigen des Hohenzollernhauses um Geld und Kleidungsstücken angegangen; auch das wurde geglaubt, um so mehr, als die Schwindlerin sich angeblich von dem früheren Kronprinzen geschriebene Briefe zuschickte. Bei einer andern Gelegenheit forderte sie von der Herold Geld,

um „die Ehescheidung vom Kronprinzen" betreiben zu können.

Auch für den in Not geratenen Prinzen August Wilhelm mußte die Herold Geld hergeben. Die Summen beliefen sich nach und nach auf 10 000 M. und führten schließlich den Zusammenbruch des Putzgeschäftes herbei.

Im Laufe der Verhandlung erklärte die Angeklagte, daß die Leute geradezu verrückt nach ihr und nur von dem Wunsche beseelt gewesen seien, das vor sich zu haben, was ihnen ihre Phantasie vorgaukelte, nämlich eine Hohenzollernprinzessin. Einmal sei sie von einem Herrn aus Berlin zu einer Autofahrt eingeladen worden. Als die Angeklagte sagte: „Ich bin nicht, wofür Sie mich halten", erwiderte der Berliner: „Doch, doch! Wir haben Sie doch auf dem Tempelhofer Felde reiten sehen." Ein **Ortsgendarm** behauptete sogar, die Angeklagte als Prinzessin im Berliner Schloß, wo er damals Posten stand, gesehen zu haben. Am hartnäckigsten ist die Putzmacherin Herold gewesen, bei der die Angeklagte zuletzt Wohnung genommen hatte. Die Putzmacherin ließ sich als „Exzellenz von unten", ihre Schwester als „Exzellenz von oben" bezeichnen; die eine arbeitete nämlich im unteren, die andre im oberen Teil des Geschäfts.

Die Schwestern redeten die Schwindlerin mit „Durchlaucht" an

Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellt sich schließlich heraus, daß die Angeklagte ein Liebesverhältnis mit einem Arzt hatte, dem sie für über 3000 M. Geschenke gemacht haben will. Dieser Arzt behauptet, der Angeklagten insgesamt 430 M. geliehen zu haben.

Das als Zeugin auftretende 65 Jahre alte Fräulein Friedy Herold erklärt, sie habe mit ganzem Herzen **am ehemaligen Kaiserhaus gehangen und viel nach Doorn und nach Wieringen geschrieben.** Das Unglück mit der Barth sei dadurch entstanden, daß sie ihr eine Karte zeigte, die sie mit einem Bild vom früheren Kronprinzen bekommen hatte. So sei die Bekanntschaft entstanden. Als die Zeugin eines Tages einen angeblichen Brief vom Kronprinzen bekam, worin sie aufgefordert wurde, der „Tante" alles zu geben, sei ihr jeder Argwohn genommen worden. Die Angeklagte hatte ihre Mutter der Herold gegenüber als ihre Amme ausgegeben. Als die Zeugin Bedenken äußerte, daß eine Prinzessin ein gewöhnliches Bauernmädchen als Amme haben sollte, habe Martha Barth sie mit der Erklärung getröstet: „Meine Amme war einstmals ein sehr schönes Mädchen. Ihre drei unehelichen Kinder wurden von **hochadligen Vätern** gezeugt." Tatsächlich hat die Mutter der Angeklagten drei uneheliche Kinder von verschiedenen Vätern zur Welt gebracht. Aus der weiteren Vernehmung der Zeugin geht hervor, daß sie einmal für den „Besuch des Kronprinzen" und seiner Brüder für zwölf Personen Essen hergerichtet hatte. Es gab gebackene Klöße; der Besuch fand gar nicht statt und war nur vorgetäuscht; die Schwestern Herold wußten das aber nicht, weil sie sich während der Tafelei in die Küche zurückziehen mußten. Die Zeugin erklärt zum Schluß, daß sie den Angaben der Schwindlerin, die sie heulend und weinend um „Hilfe für die darbenden Hohenzollern" angefleht hätte, geglaubt habe und **einen Skandal um das Hohenzollernhaus** vermeiden wollte. Sie sei auch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG